



**Niederschrift
zur 39. Sitzung
des Rates
am 07.11.2017
um 17:00 Uhr im Ratssaal**

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

- | | |
|-----|--|
| 1 | Einwohnerfragestunde |
| 1.1 | Machbarkeitsstudie;
hier: Anfrage von Herrn Helmich |
| 1.2 | Optimierte modifizierte Gleisbettvariante;
hier: Anfrage von Herrn Wernicke |
| 1.3 | Gutachten der Bürgerinitiative;
hier: Anfrage von Herrn Peschel |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschriften vom 26.09. und
17.10.2017

Eingaben an den Rat |
| 3 | 05 - 16 1264/2017 Optimierte modifizierte Gleisbettvariante;
hier: Eingabe Nr. 12 2017 der BI "Rettet den Eltenberg"

Vorlagen |
| 4 | 01 - 16 1261/2017 Ersatzwahlen zu Ausschüssen und anderen Gremien |
| 5 | 02 - 16 1245/2017 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 |
| 6 | 02 - 16 1272/2017 Jahresabschluss 2015 der EGD mbH;
hier: Nachtragsprüfung |
| 7 | 05 - 16 1182/2017 92. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Emmerich
am Rhein - Umwandlung einer Fläche für die Landwirtschaft in
eine gewerbliche Baufläche im südöstlichen Bereich der
Wardstraße -;
hier: 1) Bericht über die Beteiligungen nach § 3 Abs. 1 und 2
BauGB und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB
2) Feststellungsbeschluss |

- 8 05 - 16 1183/2017 Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes VEP E 27/4 - Wardstraße/Südost -;
hier: 1) Bericht über die Beteiligungen nach § 3 Abs. 1 und 2 BauGB und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB
2) Satzungsbeschluss
- 9 05 - 16 1220/2017/1 Benennung von Straßen im Gebiet der ehemaligen "Moritz-von-Nassau-Kaserne"
- 10 05 - 16 1221/2017 Aufhebung des Straßennamens "Fervertweg"
- 11 05 - 16 1222/2017 Neuordnung von Straßennamen und Straßenzuführungen im Zuge der Bahnübergangsbeseitigung Kerstenstraße
- 12 06 - 16 1241/2017 Einrichtung einer Kinderfeuerwehr (KIFEU)

Anträge an den Rat
- 13 01 - 16 1262/2017 Besetzung der Schulplanungskommission;
hier: Antrag Nr. XXVIII/2017 der UWE-Ratsfraktion
- 14 07 - 16 1273/2017 Antrag auf Prüfung der Einrichtung eines Pflegestützpunktes (PSP) in Emmerich am Rhein;
hier: Antrag Nr. XXIX/2017 der BGE-Ratsfraktion
- 15 Mitteilungen und Anfragen
- 15.1 Glücksspielstaatsvertrag;
hier: Anfrage von Mitglied Kulka
- 15.2 Ausbau Glasfasernetz;
hier: Anfrage von Mitglied Reintjes
- 15.3 Gehweg Lindenallee;
hier: Anfrage von Mitglied Gerritschen
- 15.4 Sanierung des Ratssaales;
hier: Anfrage von Mitglied Bartels
- 15.5 Eingeschränkter Fahrradverkehr in der Fußgängerzone;
hier: Anfrage von Mitglied Siebers
- 15.6 Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies
- 15.7 Gute Schule 2020;
hier: Anfrage von Mitglied Kulka
- 15.8 Zuschuss Stadtsportbund;
hier: Mitteilung des Stadtkämmerers Siebers
- 15.9 Neumarkt;
hier: Anfrage von Mitglied Reintjes

- 15.10 Sachstand Kaserne;
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs
- 16 Einwohnerfragestunde
- 16.1 Beschlussfassung des Rates
hier: Anfrage von Herrn Helmich
- 16.2 Regenüberlaufschutz in Elten
hier: Anfrage von Herrn Wernicke

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Peter Hinze

Die Mitglieder

Herr Erik Arntzen
Herr Dieter Baars
Herr Gerd-Wilhelm Bartels
Frau Sandra Bongers
Frau Elisabeth Braun
Herr Johannes Brink ten
Herr Botho Brouwer
Herr Markus Herbert Elbers
Herr Ludger Gerritschen
Herr Gerhard Gertsen
Herr Albert Jansen
Herr Herbert Kaiser
Herr Holger Klein
Herr Christoph Kukulies
Frau Irmgard Kulka
Herr Hans-Guido Langer
Herr Maik Leypoldt
Frau Marianne Lorenz
Herr Thomas Meschkepowitz
Herr Markus Meyer
Herr Manfred Mölder
Herr Matthias Reintjes
Frau Andrea Schaffeld
Frau Sabine Siebers
Herr Joachim Sigmund
Herr Werner Spiegelhoff
Herr Werner Stevens
Herr Udo Tepas
Frau Elke Trüpschuch
Herr Herbert Ulrich

Entschuldigt fehlen:

Die Mitglieder

Herr Jörn Bartels
Herr Jan Ruben Ludwig
Herr Gregor Reintjes
Frau Sultan Seyrek

von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Wachs
Herr Ulrich Siebers
Herr Wilfried Endern
Franz-Thomas Fidler
Herr Stephan Glapski
Herr Niklas Kehren
Herr Jochen Kemkes
Frau Martina Lebbing
Herr Tim Terhorst
Frau Marita Evers

Erster Beigeordneter
Stadtkämmerer

Schriftführerin

von den Stadtwerken

Herr Udo Jessner

Der Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung des Rates um 17:00 Uhr. Er begrüßt die Damen und Herren des Rates, die Vertreter der Verwaltung, der örtlichen Presse, und die Einwohner.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

1.1. Machbarkeitsstudie; hier: Anfrage von Herrn Helmich

Herr Helmich bezieht sich auf die Machbarkeitsstudie des IVV vom 30.10.2014, die seiner Meinung nach eine Diskriminierung der Pläne zur Gleisbettvariante darstellen, und fragt nach, warum die Verwaltung diese als Entscheidungshilfe heranziehe, obwohl es die DB nicht mehr mache.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt hierzu mit, dass diese Untersuchungsparameter der Machbarkeitsstudie gemeinsam mit Vertretern der Bürgerinitiative aufgestellt worden und untersucht seien. Das Untersuchungsergebnis entspräche nicht den Vorstellungen der BI.

Zwischenzeitlich habe die BI auch ein Gutachten in Auftrag gegeben, an dem die Verwaltung jedoch nicht beteiligt sei. Dieses Gutachten, wie auch das Ergebnis liege der Verwaltung nicht vor.

So lange dieses Gutachten der Verwaltung nicht vorliege, könne diese sich nur auf das von der Verwaltung und vom Rat in Auftrag gegebene Gutachten beziehen.

**1.2. Optimierte modifizierte Gleisbettvariante;
hier: Anfrage von Herrn Wernicke**

Herr Wernicke fragt nach, ob die Verwaltung sich im Klaren sei, welche Auswirkungen der Beschlussvorschlag der Verwaltung zu TOP 3 für die Bürger habe. Er fragt nach, warum in der Verwaltung bürgerschaftliches Engagement, vor allem in dieser Angelegenheit, bei der Entwicklung von Lösungen nicht wertgeschätzt werde und sich hier in der Vorlage nicht wiederfinde.

Auch finde sich in der Vorlage kein Hinweis auf den Niederrheinischen Apell, der von den Bürgermeistern in Berlin persönlich überreicht wurde.

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage, in der die bisherigen Beratungen, auch die von der Bürgerinitiative, eingeflossen seien.

**1.3. Gutachten der Bürgerinitiative;
hier: Anfrage von Herrn Peschel**

Herr Peschel fragt nach, warum von der Verwaltung behauptet würde, dass diese keine Informationen hinsichtlich des von der BI beauftragten Gutachtens vorliegen habe.

Der Vorsitzende stellt klar, dass der Verwaltung das Gutachten nicht vorliege, es sei lediglich vorgestellt worden.

2. Feststellung der Sitzungsniederschriften vom 26.09. und 17.10.2017

Einwände gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegten Niederschriften werden nicht erhoben. Die Niederschriften werden vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

Eingaben an den Rat

**3. Optimierte modifizierte Gleisbettvariante;
hier: Eingabe Nr. 12 2017 der BI "Rettet den Eltenberg"
Vorlage: 05 - 16 1264/2017**

Erster Beigeordneter Dr. Wachs bezieht sich bei seinen ausführlichen Erläuterungen auf die in der Vorlage aufgeführte Sachdarstellung. Er teilt mit, dass der Rat im April 2014 und im Februar d. J. entsprechende Beschlüsse zur Gleisbettvariante gefasst habe, die einen weiten Korridor auch im Sinne von Gesprächen und Möglichkeiten offen lassen. Nun soll, nach Begehren der Petenten, der Rat sich zur Gleisbettvariante aussprechen.

Er spricht das laufende Verfahren an und stellt fest, dass man sich bei der Frage des dritten Gleises wie auch bei der Frage des Planfeststellungsverfahrens 3.5 in einem durch das Verwaltungsverfahrensgesetz bestimmten rechtsstaatlichem Verfahren befinde, dass dadurch gekennzeichnet sei, dass ein durch einen Planungsträger ausgearbeiteter Plan aus- und offenliege. Danach fänden Beteiligungen statt, in denen jedwede eigenen Interessen deutlich gemacht werden können und dann auch die Entscheidung des Planfeststellungsbeschlusses, vor entsprechenden Gerichtsbarkeiten angehbar sei. Das mache deutlich, dass das Verfahren in seiner Struktur immer darauf ausgelegt sei, sämtliche subjektiven Rechte, die vorgetragen werden, auch zu berücksichtigen.

Das heiße, dass die Gleisbettvariante, da sie von verschiedenen Gruppen und Personen eingebracht wurde, in dem Verfahren zwingend zu betrachten und zu bewerten sei. Dieses sei vom Landesbetrieb als auch durch die Bahn mehrfach deutlich gemacht worden. Das Verfahren als solches werde immer nur dann rechtmäßig sein, wenn die Gleisbettvariante auch berücksichtigt würde.

Die beiden zuvor genannten Beschlüsse eröffnen der Bürgerinitiative sowie der Verwaltung auch alle Möglichkeiten Gespräche zu führen. Diese Beschlüsse haben deutlich gemacht, dass, sollten sich im Verfahren positive Änderungen für die Gleisbettvariante ergeben, der Rat der Stadt sich für diese Variante ausgesprochen habe. Diese Beschlusslage stellt auch gleichzeitig die Sicherung der Fördergelder (ca. 14 Mio. ) sicher für die kreuzungsbedingten Maßnahmen. Die nicht kreuzungsbedingten Maßnahmen sind hiervon nicht betroffen.

Zum niederrheinischen Apell (wurde dem Bundesverkehrsministerium im Sommer d. H

J. bergeben) zitiert er aus dem Antwortschreiben des Staatssekretärs Herrn Ferlemann an die Landräte der Kreise Kleve und Wesel in verkürzter Form sinngemäß wie folgt: *„Inzwischen sind die planrechtlichen Verfahren incl. der Anhörungsverfahren gem. § 73 ff. VFG weit fortgeschritten. Sämtliche im niederrheinischen Apell vorgebrachten Forderungen und Argumente der Region wurden nach meinem Verständnis im Zuge der Anhörungsverfahren in das Planfeststellungsverfahren eingebracht. Die Planfeststellungsbehörde wägt diese nun nach pflichtgemäßem Ermessen ab. Eine Bewertung und Festlegung zu konkreten entscheidungserheblichen rechtlichen Fragestellungen erfolgt mit dem Planfeststellungsbeschluss. Gegen diese Entscheidung steht der Verwaltungsrechtsweg offen.*

Das BMVI ist in diesem Verfahren nicht beteiligt und kann auch auf die Abwägungsentscheidung des Eisenbahnbundesamtes keinen Einfluss ausüben.“

Zusammenfassend sei zu sagen, dass die Verwaltung nur zu dem in der Vorlage vorgeschlagenen Ergebnis kommen kann und an dem am 21.02.2017 gefassten Beschluss festhalte.

Stadtkämmerer Siebers teilt ergänzend mit, dass, sollte der Rat an dem vorgeschlagenen Konsens nicht festhalten, der Haushalt in den kommenden Jahren sehr stark belastet werden würde, da die 14 Mio.  Fördergelder dann nicht gezahlt und von der Stadt finanziert werden müssten.

Mitglied Reintjes teilt mit, dass sich seine Fraktion sehr ausführlich und kontrovers den vorliegenden Beschlussvorschlag der Bürgerinitiative diskutiert habe. Viele Mitglieder seiner Fraktion werden sich heute bei der Abstimmung enthalten, da die Abstimmung für seine Fraktion freigegeben wurde. Er macht deutlich, dass seine Fraktion die Argumente der Verwaltung nachvollziehen könne, andererseits möchten sie das Begehren der Bürgerinitiative auch unterstützen, um hier eventuell noch einen Erfolg festzuschreiben. Auch seiner Fraktion liege das Gutachten der BI in Gänze nicht vor.

Mitglied Sigmund macht deutlich, dass seine Fraktion für den von der Bürgerinitiative vorgestellten Beschluss stimme. Das Festhalten an alten Ratsbeschlüssen gehe an machbaren Lösungen vorbei, die viele Bürger wünschen und von der BI hier heute vorgelegt wurde. Seine Fraktion lehne den vorliegenden Beschluss der Verwaltung ab und stelle den Antrag auf namentliche Abstimmung über den vorliegenden Beschlussvorschlag der BI.

Mitglied Schaffeld erläutert, dass ihre Fraktion sich ausführlich mit diesem Thema befasst habe, auch hier sei die Abstimmung frei. Der Antrag der BI sei begründet mit der Hoffnung, dass Entscheidungen im politischen Bereich noch möglich seien, ob dieses jedoch auch im verfahrensrechtlichen Bereich noch möglich sei, ist eine andere Frage. Die SPD sei der Auffassung, dass, so lange noch etwas möglich sei, diese Lösung mit der Gesamtumfahrung von Elten, als beste politische Lösung unterstützt werden müsse.

Auch Mitglied Bartels erörtert, dass seine Fraktion in der gestrigen Fraktionssitzung dieses Thema eingehend diskutiert und auch die Abstimmung freigegeben habe.

Mitglied ten Brink unterstützt die Aussage der Verwaltung, dass die Sicherstellung der Fördergelder weiterhin verfolgt werden müsse. Ausführlich erläutert er die Variante der optimierten (= modifizierten) Gleisbettvariante. Hier müssten alle Möglichkeiten im politischen Raum offengehalten werden.

Mitglied Gerritschen geht kurz auf die bisherigen Beratungen ein und appelliert an die Ratsmitglieder, über diesem vorgelegten Antrag positiv zu entscheiden.

Mitglied Siebers erinnert, dass für ihre Fraktion es nie Alternativen zur Gleisbettvariante gab. Ihre Fraktion unterstütze die Variante der Bürgerinitiative, hierfür müsse ein deutliches politisches Signal an Düsseldorf gegeben werden.

Mitglied Meschkepowitz teilt mit, dass seine Fraktion sich ebenfalls gegen den von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorschlag ausspreche und die Variante der Bürgerinitiative unterstütze.

Auch Mitglied Kukulies macht deutlich, dass er gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmt, den Beschlussvorschlag der Bürgerinitiative unterstütze und den Antrag stelle, entsprechend zu beschließen.

Nun lässt der Vorsitzende über den Antrag von Mitglied Sigmund auf namentliche Abstimmung, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt gemäß § 16 Abs. 3 namentliche Abstimmung.

Stimmen dafür 31 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Schaffeld, gemäß Vorlage zu beschließen, namentlich abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein folgt dem Begehren der BI „Rettet den Eltenberg“ nicht.

Herr Erik Arntzen	Ja
Herr Dieter Baars	Nein
Herr Gerd-Wilhelm Bartels	Ja
Frau Sandra Bongers	Enthaltung
Frau Elisabeth Braun	Nein
Herr Johannes Brink ten	Nein
Herr Botho Brouwer	Nein
	Enthaltung

Herr Markus Herbert Elbers	
Herr Ludger Gerritschen	Nein
Herr Gerhard Gertsen	Enthaltung
Herr Albert Jansen	Nein
Herr Herbert Kaiser	Nein
Herr Holger Klein	Nein
Herr Christoph Kukulies	Nein
Frau Irmgard Kulka	Ja
Herr Hans-Guido Langer	Ja
Herr Maik Leypoldt	Nein
Frau Marianne Lorenz	Enthaltung
Herr Thomas Meschkapowiz	Nein
Herr Markus Meyer	Nein
Herr Manfred Mölder	Ja
Herr Matthias Reintjes	Enthaltung
Frau Andrea Schaffeld	Nein
Frau Sabine Siebers	Nein
Herr Joachim Sigmund	Nein
Herr Werner Spiegelhoff	Enthaltung
Herr Werner Stevens	Nein
Herr Udo Tapaß	Nein
Frau Elke Trüpschuch	Nein
Herr Herbert Ulrich	Ja
Herr Peter Hinze	Ja

7 Stimmen dafür, 18 Stimmen dagegen 6 Enthaltungen

Nun lässt der Vorsitzende über den Antrag von Mitglied Kukulies gemäß dem Antrag der BI „Rettet den Eltenberg“ namentlich abstimmen.

Beschlussvorschlag

1. Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein strebt für den Planfeststellungsabschnitt 3.5 der Planung der Betuwelinie in Emmerich-Elten die planerische Verwirklichung und Umsetzung der optimierten (= modifizierten) Gleisbettvariante, die von der Bürgerinitiative „Rettet den Eltenberg“ und dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) entwickelt worden ist, an.
2. Um die planerische Durchsetzung hierfür zu erleichtern, beauftragt der Rat die Verwaltung der Stadt Emmerich am Rhein damit, zusammen mit den zuständigen Straßenbaubehörden die planerische Verwirklichung der Verlegung der B 8 auf der jetzigen Gleislage entsprechend der Planung in dem Gutachten des Sachverständigen Hensel zwischen der Emmericher Straße und dem Kreisverkehr sowie nördlich der Lobither Straße in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn und Straßen NRW umzusetzen. Deren Planungen sollen an den oben genannten Alternativplan als integrales Gesamtkonzept angepasst werden.
3. Der Rat der Stadt fordert die DB sowie Straßen NRW auf, die übrigen Teile der Alternativplanung durchzuplanen und zwar unter Abänderung der bisherigen Planung.
4. Der Rat bittet das Verkehrsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, diese Planung zu koordinieren und Bund und Land, diese zu unterstützen.

Herr Erik Arntzen	Nein
Herr Dieter Baars	Ja
Herr Gerd-Wilhelm Bartels	Nein
Frau Sandra Bongers	Enthaltung
Frau Elisabeth Braun	Ja
Herr Johannes Brink ten	Ja
Herr Botho Brouwer	Ja
Herr Markus Herbert Elbers	Enthaltung
Herr Ludger Gerritschen	Ja
Herr Gerhard Gertsen	Enthaltung
Herr Albert Jansen	Ja
Herr Herbert Kaiser	Ja
Herr Holger Klein	Ja
Herr Christoph Kukulies	Ja
Frau Irmgard Kulka	Nein
Herr Hans-Guido Langer	Nein
Herr Maik Leyboldt	Ja
Frau Marianne Lorenz	Enthaltung
Herr Thomas Meschkepowitz	Ja
Herr Markus Meyer	Ja
Herr Manfred Mölder	Nein
Herr Matthias Reintjes	Enthaltung
Frau Andrea Schaffeld	Ja
Frau Sabine Siebers	Ja
Herr Joachim Sigmund	Ja
Herr Werner Spiegelhoff	Enthaltung
Herr Werner Stevens	Ja
Herr Udo Tepaß	Ja
Frau Elke Trüpschuch	Ja
Herr Herbert Ulrich	Nein
Herr Peter Hinze	Nein

18 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen 6 Enthaltungen

Vorlagen

4. Ersatzwahlen zu Ausschüssen und anderen Gremien Vorlage: 01 - 16 1261/2017

Mitglied Reintjes schlägt für seine Fraktion vor, die Schulplanungskommission mit 11 Mitgliedern neu zu besetzen. Er stellt den entsprechenden Antrag.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt eine Neubesetzung der Schulplanungskommission mit 11 Mitgliedern wie folgt

CDUMitglieder

Bongers, Sandra
Kulka, Irmgard
Scheerer, Nadja
Ulrich, Herbert

namentliche Stellvertreter/in

Reintjes, Matthias
Heering, Karin
Lorenz, Marianne
Brink ten, Johannes

SPD

Armasow, Anni
Braun, Elisabeth
Schaffeld, Andrea

NN
Gerritschen, Ludger
Deller, Ralf

BGE

Leypoldt, Maik

Weicht, Sigrid

GRÜNE

Swhajor, Hermine

Kaiser, Herbert

Embrica

Allmacher, Anja

Meschkapowitz, Thomas

UWE

Malischewski, Norbert

Bartels, Gerd-Wilhelm

Stimmen dafür 31 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

5. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017

Vorlage: 02 - 16 1245/2017

Über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt die

**1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung
der Stadt Emmerich am Rhein
für das Haushaltsjahr 2017**

Aufgrund des § 81 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 15.01.2016 (GV.NRW. S. 966) hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein mit Beschluss vom folgende Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung vom 21.02.2017 erlassen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	die bisherigen festgesetzten Gesamterträge	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschl. Nachträge festgesetzt auf EUR
	EUR	EUR	EUR	
Ergebnisplan				
Erträge	70.345.573	1.544.035	640.000	71.249.608
Aufwendungen	71.387.490	480.983	1.822.608	70.045.865
Finanzplan				
<u>aus laufender Verwaltungstätigkeit:</u>	65.742.017	1.544.035	640.000	66.646.052
Einzahlungen	65.561.216	460.653	1.822.608	64.199.261
Auszahlungen				
<u>aus Investitions- tätigkeit:</u>	6.285.736	576.949	336.000	6.526.685
Einzahlungen	21.420.181	1.467.230	480.000	22.407.411
Auszahlungen				
<u>aus Finanzie- rungstätigkeit</u>	15.134.000	746.000	-	15.880.000
Einzahlungen	1.138.554	-	-	1.138.554
Auszahlungen				

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für die Investitionen erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 15.134.000 EUR um 746.000 EUR erhöht und damit auf 15.880.000 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 2.122.000 EUR um 3.958.800 EUR erhöht und damit auf 6.080.800 EUR festgesetzt.

§ 4

Die bisher vorgesehene Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 1.041.917 EUR wird nicht mehr erforderlich.

§ 5

Der bisher festgesetzte Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird nicht geändert.

§ 6

Die Steuersätze werden nicht geändert.

§§ 7 – 9

Werden nicht geändert.

Stimmen dafür 28 Stimmen dagegen 3 Enthaltungen 0

**6. Jahresabschluss 2015 der EGD mbH;
hier: Nachtragsprüfung
Vorlage: 02 - 16 1272/2017**

Über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

1. Der Rat beauftragt die Gesellschafterversammlung der EGD, den geänderten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015 festzustellen und den Jahresfehlbetrag von 301.759,45 € auf neue Rechnung vorzutragen.
2. Der Rat beauftragt die Gesellschafterversammlung der EGD, den geänderten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 zu genehmigen.
3. Der Rat beauftragt die Gesellschafterversammlung der EGD, der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung zu erteilen.

Stimmen dafür 31 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

7. **92. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Emmerich am Rhein -
Umwandlung einer Fläche für die Landwirtschaft in eine gewerbliche Bau-
fläche im südöstlichen Bereich der Wardstraße -;**
hier: 1) Bericht über die Beteiligungen nach § 3 Abs. 1 und 2 BauGB und § 4
Abs. 1 und 2 BauGB
2) Feststellungsbeschluss
Vorlage: 05 - 16 1182/2017

Über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

Zu 1)

Zu I) Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligungen nach § 3 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB keine Stellungnahmen eingegangen sind.

Zu II.1 - 5) Der Rat nimmt die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und die jeweiligen Ausführungen der Verwaltung dazu zur Kenntnis.

III) Der Rat nimmt die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und die jeweiligen Ausführungen der Verwaltung dazu zur Kenntnis.

Zu 2)

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt den vorliegenden Entwurf zur 92. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 2 Abs. 1 BauGB als 92. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Stimmen dafür 31 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

8. **Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes VEP E 27/4 -
Wardstraße/Südost -;**
hier: 1) Bericht über die Beteiligungen nach § 3 Abs. 1 und 2 BauGB und § 4
Abs. 1 und 2 BauGB
2) Satzungsbeschluss
Vorlage: 05 - 16 1183/2017

Über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

Zu 1)

Zu I) Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligungen nach § 3 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB keine Stellungnahmen eingegangen sind.

Zu II) Der Rat nimmt die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und die jeweiligen Ausführungen der Verwaltung dazu zur Kenntnis.

Zu III) Der Rat nimmt die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und die jeweiligen Ausführungen der Verwaltung dazu zur Kenntnis.

Zu 2)

Der Rat beschließt den vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes VEP E 27/4 Wardstraße/Südost gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Stimmen dafür 31 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

9. Benennung von Straßen im Gebiet der ehemaligen "Moritz-von-Nassau-Kaserne"

Vorlage: 05 - 16 1220/2017/1

Mitglied Sigmund nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der Vorsitzende lässt gemäß Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt folgende Straßennamen:

- 1) Der bisherige Teilbereich des „Nollenburger Weg“ im ehemaligen Kasernengelände ab Klever Straße erhält die Bezeichnung:
Moritz-von-Nassau-Straße.
- 2) Der Abzweig bis zum Wendehammer mit anliegendem Parkhaus und Gewerbeteil erhält die Bezeichnung:
Georg-Elser-Straße.
- 3) Der vom Hauptweg nördlich nach Westen abzweigende Weg zur anliegenden Wohnbebauung erhält die Bezeichnung:
Von-Stauffenberg-Straße.
Für die weiteren Erschließungswege sollen zu gegebener Zeit wegen der thematischen Einheitlichkeit ebenfalls Namen nach Widerstandskämpfern im 3. Reich vergeben werden.
- 4) Der Wohnweg im westlichen Bereich erhält die Bezeichnung:
Eibenweg.

Stimmen dafür 27 Stimmen dagegen 2 Enthaltungen 1

10. Aufhebung des Straßennamens "Fervertweg"

Vorlage: 05 - 16 1221/2017

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die Aufhebung der Straßenbezeichnung „Fervertweg“. Die anliegenden Grundstücke bleiben adressenmäßig der Ostermayerstraße zugeordnet.

Stimmen dafür 31 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**11. Neuordnung von Straßennamen und Straßenzuführungen im Zuge der Bahnübergangsbeseitigung Kerstenstraße
Vorlage: 05 - 16 1222/2017**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt:

Um im Anschluss an die Beseitigung des Bahnübergangs Kerstenstraße eine eindeutige Adressenzuordnung zu erreichen beschließt der Rat eine Neuordnung der Straßennamen wie folgt:

Der südliche Teil der Kerstenstraße mit 4 anliegenden Adressen, gelegen zwischen Reeser Straße und Bahnübergang, wird zu gegebener Zeit der Baumannstraße zugeordnet.

Nördlich der Bahnlinie beginnt die Kerstenstraße zukünftig am Ende des Bergerweges in Höhe des ehemaligen Bahnübergangs.

Stimmen dafür 31 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**12. Einrichtung einer Kinderfeuerwehr (KIFEU)
Vorlage: 06 - 16 1241/2017**

Über den Antrag von Mitglied Schaffeld, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt die Einrichtung einer Kinderfeuerwehr innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Emmerich am Rhein zum 01.01.2018 und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten.

Stimmen dafür 31 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

Anträge an den Rat

**13. Besetzung der Schulplanungskommission;
hier: Antrag Nr. XXVIII/2017 der UWE-Ratsfraktion
Vorlage: 01 - 16 1262/2017**

Aufgrund der Beratung und Neubesetzung der Schulplanungskommission zu Tagesordnungspunkt 4, zieht Mitglied Bartels den von seiner Fraktion gestellten Antrag zurück.

**14. Antrag auf Prüfung der Einrichtung eines Pflegestützpunktes (PSP) in Emmerich am Rhein;
hier: Antrag Nr. XXIX/2017 der BGE-Ratsfraktion
Vorlage: 07 - 16 1273/2017**

Mitglied Schaffeld stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Beschlussvorschlag

Verweisung an den Sozialausschuss.

Stimmen dafür 31 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

15. Mitteilungen und Anfragen

15.1. Glücksspielstaatsvertrag; hier: Anfrage von Mitglied Kulka

Au Nachfrage von Mitglied Kulka, welche Auswirkungen der Glücksspielstaatsvertrag auf die Emmericher Spielhallen habe, erläutert Erster Beigeordneter Dr. Wachs den derzeitigen Sachstand.

15.2. Ausbau Glasfasernetz; hier: Anfrage von Mitglied Reintjes

Auf Nachfrage von Mitglied Reintjes zum Ausbau Glasfasernetz der Ortsteile Oberhüthum und Dornick teilt der Vorsitzende mit, dass der Ortsteil Dornick mit dem Breitbandnetz versorgt werde wenn 40 % in Vrasselt, Praest, Hüthum und Elten erreicht werden. Werden diese 40 % nicht erreicht, werden auch die anderen Ortsteile nicht versorgt werden.

15.3. Gehweg Lindenallee; hier: Anfrage von Mitglied Gerritschen

Mitglied Gerritschen fragt nach der Sanierung des Gehweges an der Lindenallee in Elten.

Anmerkung der Verwaltung

Aus Zeitgründen konnte die Maßnahme im Haushaltsjahr 2017 nicht umgesetzt werden und wird für das Haushaltsjahr 2018 neu beantragt.

15.4. Sanierung des Ratssaales; hier: Anfrage von Mitglied Bartels

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass die veranschlagten Mittel für die Sanierung des Ratssaales und Rathauses zum Teil – Umbau Foyer des Rathauses, Neubautrakt – umgesetzt wurde. In Abwägung mit der Flüchtlingswelle und der Frage des Neubaus der Schulgebäude, die auch fristgebunden seien, wurden die Mittel hierfür benötigt.

15.5. Eingeschränkter Fahrradverkehr in der Fußgängerzone; hier: Anfrage von Mitglied Siebers

Mitglied Siebers fragt nach wann die Beschilderung für den Fahrradverkehr in der Fußgängerzone aufgestellt werden.

Anmerkung der Verwaltung

Die Beschilderung ist zwischenzeitlich vorgenommen.

**15.6. Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies**

Die Nachfrage von Mitglied Kukulies nach dem Grund der Verschiebung der Maßnahme ‚Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes‘ erfolgt die Antwort, dass die Realisierung einer solchen Maßnahme nicht beschlossen worden sei.

**15.7. Gute Schule 2020;
hier: Anfrage von Mitglied Kulka**

Auf Nachfrage von Mitglied Kulka teilt der Vorsitzende mit, dass die Fördergelder aus dem Programm „Gute Schule 2020“ in die Neubaumaßnahmen fließen.

**15.8. Zuschuss Stadtsportbund;
hier: Mitteilung des Stadtkämmerers Siebers**

Stadtkämmerer Siebers teilt mit, dass der Zuschuss i. H. v. 10.000 € für den Stadtsportbund bereits im Nachtrag bereit gestellt und schon geflossen sind.

**15.9. Neumarkt;
hier: Anfrage von Mitglied Reintjes**

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erläutert, dass der Bauantrag zum Neumarkt geprüft worden sei und die Fachbehörden beteiligt wurden. Die noch offenen Fragen seien ausgeräumt, die Baulast sei eingetragen und die Baugenehmigung könne in Kürze erteilt werden.

**15.10. Sachstand Kaserne;
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs**

Für das Projekt habe man nun einen neuen Investor gefunden. Dieser neue Investor sei in die Vertragsverhandlungen eingetreten und habe diese auch abgeschlossen. Nach Information der Verwaltung würden die Verträge in Kürze geschlossen und die Planung, wie vorgesehen, weiter verfolgt werden. In der nächsten Woche sei ein Termin mit der Mona geplant.

16. Einwohnerfragestunde

**16.1. Beschlussfassung des Rates
hier: Anfrage von Herrn Helmich**

Auf Nachfrage von Herrn Helmich teilt der Vorsitzende mit, dass der heute gefasste Ratsbeschluss, wie auch der im April gefasste Beschluss, an die entsprechenden Behörden versandt werde.

**16.2. Regenüberlaufschutz in Elten
hier: Anfrage von Herrn Wernicke**

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Wernicke, in Vertretung für Herrn Krüger, teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass von den Kommunalbetrieben ein Vergabeverfahren durchgeführt worden ist. Das Ergebnis dieses Verfahrens lag weit über den geschätzten Kostenrahmen. Nun würde diese Ausschreibung modifiziert, um einen sachgerechten Preis zu erreichen.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:25 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 27. November 2017

Peter Hinze
Vorsitzender

Marita Evers
Schriftführer/in